

Einiges mehr erfahren Sie auf unserer Homepage:
www.aktiomed.de

AKTIOMed

vertraulich
April 2021

Empfehlungen für Investment-Anlagen in Investmentfonds, geschlossene Fonds und Immobilien

AKTIOMed Postfach 310147, 53201 Bonn Tel.: 0228/18467-0 / www.aktiomed.de
Versand: Vierfarbig per Post oder e-mail (PDF-Datei, zu öffnen mit Acrobat Reader)

*Liebe Leser*innen,*

so sieht jetzt wohl die korrekte Anrede aus, nicht mehr nur die „Liebe Leserin“ oder der „Lieber Leser“ werden damit angesprochen, sondern alle Geschlechter, für einen „alten weißen Mann“ allerdings recht gewöhnungsbedürftig. Gender-sternen, Cancel Culture, Diversity, Identitätspolitik, Blackfacing, Mikroaggressionen, Mansplaining, die Herrschaft des alten weißen Mannes, diese Schlagwörter bestimmen jetzt in **Deutschland** die intellektuelle Diskussion. Vieles davon ist wichtig, anderes eher unbedeutend. Es geht aber auch weniger um die Themen als um den Ton, in dem sie verhandelt werden. An die Stelle **demokratischen Meinungsstreits** sind emotionalisierte Empörungsrituale, moralische Diffamierungen und offener Hass getreten. Und ausnahmsweise sind mal nicht Donald Trump oder die AfD schuld. Der Oberbegriff ist **Identitätspolitik**, die darauf hinaus läuft, das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden. Wie stark diese Diskussionen bereits in der Politik eine Rolle spielen, zeigte sich vor einigen Wochen in der SPD, als der ehemalige **Bundestagspräsident Thierse** ins Kreuzfeuer der Parteiführung geriet, weil er in einem Artikel in der FAZ, den Anspruch sexueller und anderer Minderheiten kritisiert, ausgehend von ihrer Identität selbst zu definieren, was für sie richtig und gegebenenfalls unerträglich ist, statt sich dem offenen und kontroversen Streit darüber auszusetzen. Er erhielt darauf eine parteiinterne **Mail der SPD-Vorsitzenden Esken und ihres Stellvertreters Kühnert**. Beide zeigten sich „beschämt“ wegen „mangelnder Sensibilität“ von „rückwärtsgewandten“ Genossinnen und Genossen im Umgang mit „queeren Personen“. Wer da wie Wolfgang Thierse an „grundlegende Gemeinsamkeiten des demokratischen Zusammenlebens“ erinnert, gehört nicht an den **Rand der SPD**, sondern steht mit den meisten ihrer Mitglieder in ihrer Mitte.

Die eigentlichen politischen Diskurse in diesem Frühjahr sollten aber vor allem darum gehen, was kommt, wenn die Pandemie unter Kontrolle ist und wieder das Leben mit Kultur, Shopping und den anderen Abwechslungen starten kann, denn eines wird dann bleiben: **Riesige Staatsschulden** und eine deutliche stärkere soziale Differenzierung als zuvor. Im beginnenden Bundestagswahlkampf werden die Parteien ihre Vorstellungen darlegen, wie man die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen gedenkt. Dabei sind erwartungsgemäß

Forderungen aufgetaucht, die eher Wunschvorstellungen sind als realistische politische Perspektiven. Die vorhandenen Vermögen sollen teilweise umverteilt werden, verständlich angesichts der Wertsteigerungen im Bereich der Sachvermögen, wie bei Immobilien und Aktien. Nur ändert dieser Wunsch nichts an der Tatsache, daß eine Vermögenssteuer zwar rechtlich ok ist, aber die Bewertungen die Realität widerspiegeln müssen und daran hatte ja das Bundesverfassungsgericht 1997 erhebliche Zweifel und daher ihre Erhebung bis auf weiteres ausgesetzt. Nun führt **Bundesfinanzminister Scholz** die Schweiz als Vorbild bei der Erhebung einer Vermögenssteuer an, ohne jedoch näheres mitzuteilen. Die Absicht ist klar, wenn die Schweiz, eine kapitalistische und sehr reiche Gesellschaft, eine Vermögenssteuer erhebt, muss dies auch in Deutschland möglich sein. Wie so oft, wenn andere Länder als Vorbild für eigene Maßnahmen angeführt werden, ist es auch in diesem Fall mit der Schweiz ganz anders. Vor einigen Tagen ist im Handelsblatt www.handelsblatt.com/politik/international/steuern-was-deutschland-bei-der-vermoegensteuer-von-der-schweiz-lernen-kann/27102092.html eine fundierte Analyse hierüber erscheinen.

Es ist richtig, daß die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren **steigen müssen**, um zumindest für die erforderlichen Investitionen entsprechende Mittel zur Verfügung zu haben. Vorbild sind hier zum **ersten Mal seit Jahren** die USA. Sie wollen die notwendigen Mittel zur Renovierung ihrer Infrastruktur aus höheren Unternehmenssteuern und bei den TOP-Verdienern, jenseits von **400.000 USD Einkommen p.a.**, holen. Mit ihrem Vorschlag eine einheitliche Mindeststeuer für Unternehmen zumindest in den **OECD-Staaten** einzuführen, wollen die USA den globalen Trend seit 1980, von den Unternehmern immer weniger Steuern zu verlangen, umkehren. Allen Unkenrufen über eine zu hohe Unternehmenssteuern zum Trotz führten z.B. die DAX-Konzerne 2018 im Schnitt nur **24,9 % ihres Gewinns** als Steuern ab. Somit macht die Körperschaftssteuer in Deutschland mit einem Aufkommen von **32 Milliarden EURO** auch nur **4 % des gesamten Steueraufkommens** aus. Hier ist zumindest noch etwas Luft nach oben.



Hans Kreideweiss
GF AKTIOMed

AKTIOMed:

Ist nun die Zeit für Gewinnmitnahmen gekommen?

Die Börse kennt aus den Erfahrungen der Jahrhunderte, die erste Wertpapierbörse wurde bekanntlich in Amsterdam im Jahre 1612 eröffnet, viele Situationen, die sich einander ähneln. Aus dieser Ähnlichkeit haben sich dann die unterschiedlichsten Merksätze entwickelt. Einer davon lautet: „**Sell in may and go away**“, doch der 2. Teil, weit weniger bekannt, lautet: „**but remember to come back in september.**“

Vor Jahrzehnten war diese Regel nicht nur ebenso gängig wie heute, sie war auch sinnvoll. Tatsächlich war es früher oft so, dass die Phase zwischen Mai und September die deutlich schwächere für den Aktienmarkt war, während die Monate Oktober bis April gut verliefen. Heute ist das anders. Früher hatten Anleger keinen mit den heutigen Möglichkeiten vergleichbaren Zugriff auf den Aktienmarkt. Und zugleich spielten **Dividenden** eine noch größere Rolle als heute. Das führte zu folgendem Effekt: Die Anleger nahmen ihre **Dividendenzahlungen** mit, die meist im April und Mai vollzogen werden und stiegen dann erst einmal aus und vorerst nicht mehr ein, weil sie in der Zeit des Sommerurlaubs keine Möglichkeit hatten,

einzugreifen, wenn etwas schief geht.

Noch bis Mitte der Neunziger Jahre waren **Onlinebanking** und ein **ortsungebundener Internetzugriff** reine Fiktion. Man rief bei der Bank an, um Aktien zu kaufen und zu verkaufen. Und dann zog sich die Sache hin. Bis man wusste, ob man denn nun ein- oder ausgestiegen ist und zu welchem Kurs, da vergingen in den **Achtzigern** nicht Minuten, nicht Stunden, sondern **bisweilen Tage**. Und war der Anleger irgendwo in Spanien oder Italien, wurde der Versuch, irgend etwas am **Depot** zu verändern, zum Abenteuer. Davon abgesehen, dass man nicht einmal mitbekam, wenn die Kurse einbrachen. Heute ist das eben anders. Man kann jederzeit spielend leicht und blitzschnell von überall aus ein- und aussteigen und die Kursbewegungen bequem überwachen.

„**Sell in May and go away**“ ist mit dem technischen Fortschritt zu Grabe getragen worden. Nur, weil eine alte Börsenregel sich reimt, überlebt sie eben nicht den Wandel. Dennoch könnte in diesem Jahr ein **Comeback** gelingen. Allerdings würde dies nichts mit dem Monat zu tun haben, sondern mit der Lage an den Aktienmärk-

ten. Es rückt der Zeitpunkt sicherlich näher, an dem die **Kursschwankungen** und auch die **Kursrücksetzer** zunehmen könnten. Der anhaltende Kursaufschwung seit dem Einbruch im **März letzten Jahres** wird neben dem billigen Notenbankgeld vor allem von der Erwartung getragen, daß die **Pandemie im Sommer** überwunden werden kann. Dieser Glaube ist stark und wird auch von vielen Fakten unterstützt, doch was passiert, wenn im September 2021 die nächste **Pandemie-Welle** heranrollt? Es wäre daher nicht verkehrt, zumindest einen Teil der Gewinne in seinem Wertpapierdepot in den nächsten Wochen, dazu gehört dann auch der **Monat Mai 2021**, zu realisieren. Auch dafür hat die Börse einen schönen Spruch: „**Von Gewinnmitnahmen ist noch kein Anleger arm geworden!**“

Man könnte mit dem Gewinn dann schön in Urlaub fahren, fragt sich nur wohin. Alternativ würden sich auch andere Sachanlagen als **Re-Investment** anbieten. Der aktuelle Jamestown-Fonds 31 kann noch bis Ende Juni gezeichnet werden, auch in den beiden anderen Vorschlägen sind noch Plazierungen möglich.

Alternative Investments: Eckdaten unserer Empfehlung für Ihre Investition



Fondsname: Solarportfolio 2
Initiator: HEP Capital
Währung: EURO
Volumen: Nur Eigenkapital
Mindestsumme: 10.000.-
Dauer: 10 Jahre
Ausschüttung: 6,00 % p.a.
Rückfluss: Nach 10 Jahren: 151 %

Die Investitionen erfolgen in Solaranlagen in USA, Japan, Deutschland und Kanada. Sie werden realisiert, wenn bestimmte Voraussetzung beim Investitionsobjekt erfüllt sind. Hierzuland gehören u.a. eine gesicherte Einspeisevergütung, eine Netzanschlußzusage, der Abschluß umfassender Versicherungen sowie ein Service- und Wartungsvertrag.



Fondsname: Aircoating Technologie
Initiator: Patentpoll Group
Währung: EURO
Volumen: Nur Eigenkapital
Mindestsumme: 20.000.-
Dauer: Geplant 5 Jahre
Ausschüttung: Unbestimmt
Rückfluss: Nach 5 Jahren: >100 %

Die Zeichner beteiligen sich an einem Unternehmen, das neuartige Beschichtungstoffe für die Außenhaut von Schiffen, sowohl für Binnen-, als auch für Seeschifffahrt entwickelt hat. In den nächsten Jahren wird eine kleine Produktionsanlage gebaut und vollständig in Betrieb genommen. Ein Businessplan liegt vor und erste Umsätze werden in 2021 erwartet.



Fondsname: Jamestown 31
Initiator: Jamestown GmbH
Währung: US-Dollar
Volumen: 250 Mio. EK.
Mindestsumme: 30.000.-
Dauer: 7-12 Jahre
Ausschüttung: 2,0%/4,0% p.a. a.2022
Rückfluss: 7-12 Jah. 110 % (Netto)

Bei diesem Angebot erwirbt der Fonds mehrere Investitionsobjekte, wobei eine Diversifikation im Hinblick auf regionale Standorte, Immobilienutzungsarten und Mieter angestrebt wird. Bevorzugt sind vor allem Einzelhandels- und Büroobjekte in den Metropolitan Areas, wie Boston, New York, Washington D.C., Los Angeles, San Francisco und vergleichbare Städte.

Die Risiken in den Aktienmärkten werden größer.

Angesichts der Aktienmärkte, die von einem Höchststand zum nächsten eilen, und Bewertungen weit jenseits der langjährigen Durchschnitte, werden Warnungen vor einem Platzen der **vermeintlichen Blase** immer lauter. In der Tat könnte die Diskrepanz zwischen der Coronagedämpften Lebensrealität der meisten Menschen einerseits und **Finanzmärkten in Champagnerlaune** andererseits kaum größer sein. Da mag es helfen, sich den vorwärtsgewandten Blick der Märkte in Erinnerung zu rufen. Das, was Investoren zur Zeit einpreisen, wird in den nächsten sechs bis zwölf Monate geschehen, mit anderen Worten der wirtschaftliche Optimismus, der in den gegenwärtigen Kursen abgebildet ist, wird sich in der zweiten Jahreshälfte und darüber hinaus Bahn brechen. Einen Vorgeschmack darauf dürfte die gerade begonnene Berichtssaison für das erste Quartal bieten. Die **Gewinnrevisionen der Analysten** jedenfalls sind steil nach oben gerichtet, und wenn demnächst die aktuellen Kursniveaus durch deutlich gestiegene Gewinnprognosen zu teilen sind, sollten sich auch neue Bewertungsspielräume für Aktien ergeben. Dies um so mehr, wenn zinstragende Anlagen unattraktiv bleiben und die Finanzmathematik weiterhin die Attraktivität von Unternehmensbeteiligungen unterstützt.

Fundamental spricht also mehr für Aktien als die gelegentlich bemühte Blasenrhetorik suggeriert. Das bedeutet aber nicht, dass **keine Risiken** drohen. Zuletzt ist die Volatilität europäischer Aktien gesunken und ist deutlich geringer als noch zu Jahresbeginn. Angesichts der verbes-

serten Aussichten auf den wirtschaftlichen Neustart aus der Covid-Pandemie mag die Ruhe vieler Investoren verständlich erscheinen, allerdings haben sich im Hintergrund Unsicherheiten an anderer Front aufgebaut. Die geopolitischen Spannungen haben nämlich zuletzt deutlich zugenommen. Das energische Auftreten der US-Regierung gegenüber China und Russland erregt Aufmerksamkeit. Zunehmende Verhärtung in den Positionen der großen Mächte - nicht wenige Sicherheitsexperten reden von konkreter Eskalationsgefahr - haben in den vergangenen Jahrzehnten oft ihre Spuren in der **Risikobereitschaft von Investoren** hinterlassen. Während also Anleger angesichts des bevorstehenden post-Covid-Durchstartens der Weltwirtschaft Optimismus versprühen, könnte sich an der geopolitischen Front ein erhebliches Rückschlagrisiko aufbauen. Je teurer die Märkte optisch werden, desto größer ist es.

In den letzten Tagen wurden auch **Steuerpläne der US-Regierung** bekannt, die eine deutlich höhere Kapitalertragssteuer beinhalten. Unter anderem solle im Rahmen des "American Families Plan" die Kapitalertragsteuer für Bürger mit einem Jahreseinkommen von mehr als eine Million Dollar auf 39,6 Prozent fast verdoppelt werden, sagten mit den Plänen vertraute Personen. Zusammen mit einer bestehenden, weiteren Abgabe könnte die entsprechende Steuerlast 43,4 Prozent erreichen. Marktbeobachter betonen, daß man generell mit einer höheren Besteuerung rechne. Es sei aber nicht klar gewesen, wann diese komme. Investoren gingen nun von einer Einführung

eher früher als später aus.

Derweil die Hoffnungen sich darauf konzentrieren, dass die USA nicht nur beim Impfen und Ende der Lockdowns voranpreschen, sondern auch noch die Bösewichte dieser Welt erfolgreich in Schach halten, verliert Europa zunehmend an Bedeutung. Zu Recht schauen viele Europäer auf Deutschland. Ringt sich die künftige Bundesregierung dazu durch, gemeinsam mit den EU-Partnern **China und Russland** die Stirn zu bieten, auch um den Preis, dann künftig weniger Autos zu verkaufen und mehr für Energie zu bezahlen? Das wird man erst glauben können, wenn es passiert.

Für die EZB wird der verhaltene Ausblick auf den Neustart wohl einen weiteren Grund dafür liefern, die Füße still zu halten. Wenn überhaupt mit einer **Änderung der Geldpolitik** zu rechnen ist, dann stehen angesichts eines verzögerten Anziehens der Wirtschaft und einer Kerninflationrate, die immer noch mit der 1%-Marke kämpft, die Zeichen in der Eurozone wohl eher auf weiterer Expansion. Fed und EZB befinden sich in der gleichen Situation. Sie haben sich verpflichtet, die Zinsen bzw. Renditen auf dem tiefen Niveau noch lange Zeit zu halten. Doch in den Bondmärkten zeichnet sich nun ab, dass ein Renditeanstieg nicht zu vermeiden sein wird. Die gewaltigen Konjunkturprogramme beiderseits des Atlantiks begründen eine **Nachfrage nach Kapital** und ein Angebot an Staatstiteln, das tendenziell das **durchschnittliche Niveau** dieser Märkte übersteigt. Dann entscheiden Angebot und Nachfrage als Preis für Kapital, sprich **Zins**.

Bitte faxen an: **0228-18467-10** oder eine e-mail an: **aktiomed@t-online.de**

AKTIOMed vertraulich - April 2021

Name: _____ PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____ FAX: _____ e-mail: _____

Bitte Information über US-Immobilienfonds Jamestown 31 Patentpool Gruppe
 Solarportfolio 2

Bitte um Information über ein Depot bei der Frankfurter Fondsbank (nur per Mail)

Bitte die Fondsdaten folgender Fonds übersenden: _____ (nur per Mail)